

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Bau und Verkehr
Frau Timmermann-Fechter

Marl, den 09.01.2012

Sehr geehrte Frau Timmermann-Fechter,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag mit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bau und Verkehrsausschusses:

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss alle bisher durchgeführten Maßnahmen zur Geschwindigkeitskontrolle des vergangenen Jahres in Marl, offen zu legen, und auch zu begründen.

Des Weiteren werden die Ordnungsbehörden gebeten, möglicherweise im Rahmen der AGU, zukünftige Messstellen zu ermitteln, an denen eine besondere Notwendigkeit, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und Unfallhäufigkeit, besteht. Einlassungen von Bürgern, bzw. Anwohnern sollen hierbei berücksichtigt werden.

Begründung:

Ogleich eine unbedingte Notwendigkeit zur Durchführung von Radarmessungen für die Verkehrssicherung unbestritten ist, erscheint die Wahl der Messpunkte dem Bürger unverständlich und vielfach als Abzocke.

Um ein besseres Verständnis und eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, ist es notwendig, hier die Hintergründe offen zu legen.

Das Beispiel Bachackerweg macht deutlich, dass eine tatsächliche Zweckmäßigkeit und die gegebene Gefahrenlage oft nicht überein stimmen. Hier fanden in den vergangenen Jahren, noch zu Zeiten der Tempo 30 Zone, häufig Radarmessungen statt.

Damals führte das Ordnungsamt die erhöhte Gefahrenlage, aufgrund der sich dort befindenden Schule, als Rechtfertigungsgrund an.

Viele Autofahrer, die in diesem Bereich mit 40 bis 50 KM/h gemessen wurden, mussten ein entsprechendes Bußgeld bezahlen. Nun gilt es aber als erwiesen, dass hier Tempo 50 durchaus sicherheits- und gefahrenkonform ist. Entsprechend musste die Verkehrsführung und Beschilderung geändert werden.

Andererseits berichten Bürger, dass an Gefahrenschwerpunkten, wie Schulwegen und Siedlungsgebieten, kaum oder überhaupt keine Messungen durchgeführt werden, statt dessen werden Straßen mit hohem „Einnahmecharakter“ bevorzugt.

Die behördlichen Geschwindigkeitskontrollen dürfen nicht als Schikane empfunden werden. Daher ist es zwingend notwendig, hier ein breites Verständnis in der Bevölkerung zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Flaisch
Fraktionsvorsitzende

Michael Schwede
Sachkundiger.Bürger